

LAJOS PÁNDI

DIE STABILISIERUNG DES DEMOKRATISCHEN  
SYSTEMS IN PORTUGAL  
(1975 – 1978)

Die Zweite Republik

Der Machtkompromiss und das politische System

Den Bund des Machtblocks der nach der Revolution zustande gekommenen bürgerlichen Demokratie bildeten die Sozialistische Partei Portugals (PS) unter der Führung von Mário Soares, die Bewegung der Streitkräfte (MFA), die Fraktion der „Neun“ von Major Melo Antunes geführt, und das „professionale Zentrum“ der von Ramalho Eanes Oberstleutnant geführten Armee gegenüber dem *gonçalvismo*, der sozialistischen Orientierung von 1975, geführt von Oberst Vasco Gonçalves.

Der Bund der Sieger<sup>1</sup> wurde im Februar 1976 mit der Konstitutionellen Vereinbarungsplattform auch formell besiegelt. Die Machtlage war durch den realen Kompromiß zwischen dem Machthaber Revolutionäre Rat (CR) und den bedeutenden Nationalversammlungsparteien besser als durch die Verfassung charakterisiert.

Als Zeichen der Stabilisation setzte die Verfassunggebende Nationalversammlung ihre Arbeit fort und am 2.04.1976 genehmigte der Präsident Costa Gomes das neue Grundgesetz des Landes. Von den zahlreichen Parteien stimmte nur die Soziale Demokratische Zentrumspartei (CDS) dagegen – sie hielt es für eine sozialistische „Zwangsjacke“ –, deklarierte aber zugleich daß die Verfassung „das Grundgesetz des Landes sei und sie diese respektieren werde“.<sup>2</sup> Am 25.4.76 fanden dann die Parlamentswahlen, am 27.6.76 die Präsidentenwahl und am 13.12.76 die Lokalwahlen statt. Anfang 1977 nahmen die Organe der institutionellen Demokratie ihre Arbeit auf.

Das Machtsystem des neuen Portugals entsprach den drei siegreichen politischen Kräften. Der *Revolutionäre Rat* wurde die einzige Machtinstitution der konstitutionellen Demokratie der militärisch, nicht gewählt und permanent war. Seine Mitglieder konnten in diesem Übergangsstadium nicht abgelöst werden. Sein Wirkungsbereich umfaßte im Grunde genommen das Recht des Staatsrats, des Verfassungs-

---

<sup>1</sup> Von den unmittelbaren Vorhergegangenen, d. h. von dem Höhepunkt und der Krise der portugiesischen Revolution siehe Pándi, Lajos: *A portugál eset. „Valóság”* 1979. 10. pp. 1–12.

<sup>2</sup> Cunha, Á.: *A revolução portuguesa: o passado e o futuro*. Lisboa: Avante, 1976. p. 190.

gerichtes und eines militärischen verfassungsgebenden Organes.<sup>3</sup> Nach dem Niederschlag der Meuterei der Linken vom 25. 11. 1975 wurde die von Major Otelo Saraiva de Carvalho repräsentierte anarchopopuliste Fraktion daraus ausgeschlossen. Die Gruppe der „Neun“ dominierte darin und Ramalho Eanes kam als Vertreter des „professionisten Zentrums“ hinein (er wurde von Juli 1976 der Präsident des Rates). Die sich mittlerweile polarisierte Gruppe der „Neun“ prägte auch dem konstitutionellen Revolutionären Rat ihren Stempel auf.

Der Rückgang der Machtposition nach dem Niederschlag der sozialistischen Orientierung im September 1975 für die zivilen politischen Kräfte des Revolutionären Rates war die Folge des Zerfalls von MFA. In den portugiesischen Streitkräften vollzogen sich nämlich Veränderungen in Richtung der klassischen Armee. Die Liquidierung von MFA ging zu Ende: ihre Spitzen mit Ausnahme des CR verschwanden, ebenso wie die Basis- und Mittelorgane. „Die revolutionäre Disziplin“ wurde in der Armee beseitigt, die militärische Hierarchie kam wieder zur Geltung.

Das *Parlament mit einer Kammer* (Republikversammlung – AR) wurde mit direkter Wahl für 4 Jahre geschatten.<sup>4</sup> Seine gesetzgebende Kompetenz war durch den Präsidenten der Republik und den CR begrenzt. Nach dem 286–291. Artikel der Verfassung in der ersten gesetzgebenden Übergangsperiode bekam das Parlament nicht einmal Verfassungsrecht. Daneben bestimmte der 290. Artikel der Verfassung die thematischen Grenzen der späteren Veränderung. Demnach<sup>5</sup> können die Grundrechte, der Freiheitsrechte und deren Garantien (auch in der zweiten gesetzesgebenden Periode) nicht modifiziert werden; die Rechte der Arbeiter, der Arbeiterräte und der Gewerkschaften; die grundlegenden Produktionsmittel, der kollektive Besitz des Bodens und der Bodenschätze, sowie die Aufhebung der Monopole und der Großbesitze; die demokratische Planung der Wirtschaft, die allgemeine, direkte, geheime und periodische Wahl der Machtorgane und deren proportionale Vertretung; inbegriffen die Parteien und das Recht zur demokratischen Opposition, die Teilnahme der Basisorganisationen in der Ausübung der Lokalmacht; die Teilung der obersten Staatsmacht und das Abhängigkeitsprinzip voneinander.

Der *Republikspräsident* hatte große Machtbefugnis<sup>6</sup> und wurde für 5 Jahre in direkter Wahl gewählt. Die formellen Kriterien der Kandidatur waren nicht streng (jeder 35 jährige portugiesische Wähler konnte selbst kandidieren, der wenigstens 7.500 Stimmen besaß), aber als Oberkommandierender der Streitkräfte und als Präsident von

---

<sup>3</sup> Constituição da República Portuguesa. Lisboa: Jornal do Fundão, 1976. pp. 53–56.

<sup>4</sup> Ebd. pp. 56–57.

<sup>5</sup> Ebd. pp. 100–101.

<sup>6</sup> Ebd. pp. 48–53.

CR konnte er sinngemäß nur ein höherer Offizier sein. Obwohl sich 4 Kandidaten zur der Präsidentenwahl bewarben, unterstützten mehrere große Parteien Ramalho Eanes – die PS, die Demokratische Volkspartei (PPD), die CDS – sowie der Portugiesische Industriebund (CIP) und der Portugiesische Agrarbund (CAP), so konnte die Wahl in Juni als beendet bezeichnet werden. Die „Mehrheit des Präsidenten“ mit 60,8 % war die taktische Koalition der Kräfte gegen die sozialistische Orientierung und sobald löste sie sich auf.

Der Wirkungskreis der *Regierung* war im Verhältnis zu den anderen Machtorganen eingeschränkt.<sup>7</sup> Die PS hatte in der Kampagne der Parlamentswahlen deklariert, sie werde nur alleine die Regierung bilden. Der Wahlsieg der PS mit 35 % konnte nur relative Mehrheit bedeuten, aber im Parlament hatte die PS mit der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) und der extrem linken Volksdemokratischen Union (UDP) eine sichere linke Mehrheit mit 148 Mandaten. Dagegen erhielt die PPD und CDS insgesamt nur 115 Sitze.

Die Verbindung der Präsidentenwahl – „wenn Eanes, dann Soares“ – und später der Regierung von Mário Soares haben gezeigt, daß die sozialistische Regierung mit einer Partei keine Alternative hatte: 1976 konnte nur die PS die Rolle einer Brücke im polarisierten Portugal spielen. Auf der Landeswahl hatte die Partei nicht nur die meisten, sondern auch in den Bezirken die ausgeglichensten Stimmenanteile bekommen. Berücksichtigend die politischen Kämpfe zwischen 1974–76 hätte irgendeine Koalition das Ende der Brückenrolle – und dies die Spaltung der Partei – zur Folge haben können. Deswegen bekamen in der ersten konstitutionellen Regierung zum Amtsantritt am 23. Juli 1976, 10 Mitglieder der PS, sowie 8 Unabhängige, 3 Soldaten und 5 Zivilmitglieder Sitze (von denen 4 im Oktober 1976 in die Partei eingetreten sind).

Als Ergebnis der Revolution wurde ein verhältnismaessig stabiles und progressives, demokratisches System ausgebaut. Es gelang durch die Teilung der Macht und die gegenseitige Abhängigkeit eine Machtkonzentration in einer der staatlichen Institutionen zu verhindern. Das Parlament wurde zwar durch allgemeine Wahl ins Leben gerufen. Seine Wahl, sowie Auflösung bestimmte der Regierungschef mit Billigung der CR. Gesetzinitiatoren waren Regierung und Parlamentsgeordnete, Gesetzgeber das Parlament. Genehmigt wurden die Gesetze vom Präsidenten der Republik. Die CR hatte zwar keine gesetzgebende Funktion, aber sie konnte die Verfassungswidrigkeit der Gesetze feststellen und ihr Inkrafttreten verhindern. Der Präsident und die CR hatten gemeinsames suspensives Vetorecht gegenüber der Gesetzgebung. Sie konnten aber kein Veto erheben, wenn das Gesetz durch die absolute Mehrheit der

---

<sup>7</sup> Ebd. pp. 67–73.

amtierenden Abgeordneten angenommen wurde; selbst wenn das Gesetz verfassungswidrig war, musste es die Präsident verkünden, nachdem es das Parlament erneut nur einen 2/3 Mehrheit beschlossen hatte. Die Regierung wurde mit der Berücksichtigung der Wahlergebnisse, der Parlamentsparteien und der CR durch den Republikpräsidenten ernannt und sie war ihm und dem Parlament verantwortlich. Das Parlament konnte die Regierung mit der Ablehnung seines Programmes und dem Misstrauensantrag stürzen; aber der Präsident der Republik konnte in diesem Fall einen von der Mehrheit des Parlaments unabhängigen Regierung ins Leben rufen, nach der 3. Abstimmung konnte er das Parlament auflösen. Der unmittelbar gewählte Präsident besaß breiten Wirkungskreis, aber er war gezwungen in allen wichtige Fragen mit der CR zu konsultieren.

Es vollzog sich eine bedeutende Veränderung in der inneren Zusammensetzung des *Staatsapparats*. Während sich die Zahl der Staatsbeamten von der Revolution 1910 bis zum Ende der 60-er Jahre lieber verringerte, als stagnierte, solange verzweifachte sich ihre Zahl zwischen 1968–79. Währenddessen wuchs die Proportion der Zentrumorgane vom 65 % auf 82 %, d. h. der frühere Stand (1968: 77,4 %) kam zwischen dem Zentral- und Lokalapparat zurück.<sup>8</sup> Inzwischen sank die Zahl der Armee radikal, so veränderte sich das Zahlenverhältnis vom 0,9:1 auf 3,6:1.<sup>9</sup>

Die Zahl der *Armee* wurde sich mit der massenhaften Abrüstung bis 1977 mit 1/7 unter dem Stand von 1974 (217.000) vermindert, dann wieder stufenweise gesteigert und am Ende des Jahrzehntes stabilisierte sie sich im Drittel des Standes von 1974 (70.900). Da sich der Stand der Polizei- und Gendarmerie kaum veränderte, steigerte sich ihr Einfluss im Vergleich zur Armee. Ein Viertel Teil der Armee war jetzt berufsmäßig – gegenüber dem früheren 1/12. Dies zeigt die Hinüberrettung der nach dem Krieg überflüssigen Militärkader. Parallel mit der Umorganisation integrierten sie die Streitkräfte in die NATO wieder. Nach dem vorübergehenden radikalen Sinken der Militärausgaben überstiegen sie schon 1980 um 43 % den Stand von 1974, obwohl sich ihr Anteil im Budget von 27,6 auf 10, in GNP von 8 auf 3,8 % verminderte.<sup>10</sup>

In den Wochen nach dem 25.11 fand eine scharfe Diskussion über die politische Rolle der Streitkräfte unter den Kräften der „Neun“, diesen Zustand erhaltender Costa Gomes und PCP, sowie zwischen der PS, die „reine“ bürgerliche Demokratie wünschte und den Rechten. Es wäre nach Raul Rego von der Sozialistischen Partei die

---

<sup>8</sup> Cunhal (1976) p. 59; Graham, L. S. – Wheeler, D. L. (eds.): In Search of Modern Portugal. Madison (Wisconsin): The University of Wisconsin Press, 1983. p. 238.

<sup>9</sup> The Military Balance 1980–1981. London – Melbourne: Arms and Armour Press, 1980. p. 31; Menaul, S.: The geo-strategic importance of the Iberian peninsula. „Conflict Studies“ 1981. Nr. 133. pp. 20, 24, 25.

<sup>10</sup> The geo-strategic importance (1981) p. 6.

Genehmigung der „Klassendiktatur oder fachlichen Diktatur, wenn die Verfassung irgendwelche Souveränitätsorgane zustande bringen würde, die nicht vom Volk direkt oder indirekt gewählt wurden.“<sup>11</sup> Nach dem Verfassungsgesetz 17/75 vom 11. Dezember, was Kompromiß brachte,<sup>12</sup> sei die Armee nicht mehr „der Motor der Revolution“, sondern „ihre Garantie“. Schliesslich nach dem Verfassungsartikel 273–5. ist „die geschichtliche Mission der von den Parteien unabhängigen Armee, die Bedingungen für die bürgerliche Gesellschaft zum pluralistischen, friedlichen Übergang in die Demokratie und Sozialismus zu versichern.“<sup>13</sup>

Parallel mit dem Institutionenismus befestigte sich das demokratische *politische Vermittlungssystem*. Der 38. Artikel der Verfassung garantierte die Pressefreiheit ohne Zensur.<sup>14</sup> Sie haben die Trennung des Staates und der Kirche aufrechterhalten; die Kirche konnte nach der Verfassung am Unterrichtswesen nicht teilnehmen, und auch an die politischen Parteien konnte sie sich direkt nicht anknüpfen. Der 41. Artikel der Verfassung – hatte keinen Unterschied zwischen den Religionen gemacht – hat formell das Monopol der katholischen Kirche beseitigt.<sup>15</sup> Die Verhältnisse, die sich 1975 verschlechtert haben, normalisierten sich zwischen dem Land und der Vatikanstadt. Nach der Mitteilung über den Vatikanbesuch Februar 1977. vom Ministerpräsident Soares versicherte der Regierungschef den Papst Paul VI., daß seine Regierung das Konkordat 1940 in Ehre halten werde.

Das sich 1974 kristallisierte Parteiensystem hat sich im Grunde genommen mit dem Institutionalismus befestigt und funktioniert. Hinter der formellen Zersplittertheit hat sich mit überraschender Kontinuität dieselbe wesentliche Konzentration versteckt: die Bestimmungsparteien sind die PS, die PPD – seit 1976 als Sozialdemokratische Partei (PSD) –, die PCP und die CDS geworden. Es blieb der wichtige Zug des Parteiensystems – entsprechend der polarisierten Gesellschaftsstruktur – die Polarisierung der Linken und Rechten (PS und PCP kontra PSD und CDS) und das Fehlen einer kräftigen Zentrumpartei. Die Dominanz der relativ Mittelparteien (PS, PSD) konnte prinzipiell der Grund der politischen Stabilität werden.

Mit dem Institutionalismus hat das *Gewerkschaftszentrum* Intersindical sein im Januar 1975 deklariertes Monopolgepräge verloren. Der 57. Verfassungsartikel stellte

---

<sup>11</sup> Cunhal (1976) pp. 193–194.

<sup>12</sup> Vergiottini, G. de: *Le origini della Seconda Repubblica Portoghese 1974–1976*. Milano: Giuffrè, 1977. p. 64.

<sup>13</sup> *Constituição* (1976) p. 91.

<sup>14</sup> *Ebd.* p. 13.

<sup>15</sup> *Ebd.* p. 14.

bloß das Prinzip der Gewerkschaftsfreiheit und der *unicidade* (Einheit),<sup>16</sup> fest dies ausnutzend zog die Regierung Anfang Oktober 1976 die Anordnungen, die das Prinzip *unicidade* (Ausschliesslichkeit) befestigten, zurück.

Die entscheidende Rolle von Intersindical konnte man nicht brechen. Auf dem Kongress II. Januar 1977 reorganisierte sich die Bewegung mit dem Namen Allgemeiner Bund der Berufstätigen Portugals – Laendliches Intersindical (CGTP-IN) und entscheidend blieb, und darin kam die Hegemonie von PCP auch weiterhin zur Geltung. Dreiviertel der 91 % prozentigen organisierten Werkstätigen und 87 % der Industriearbeiter nahmen daran teil. So konnte man sie – trotz der Versuche – bei den Verhandlungen mit den Werkstätigen nicht vermeiden.

### Die Schliessung der Dekolonisation

Die neue Führung hat die Dekolonisation auch formell geschlossen. Für die Anerkennung von Angola mit der Führung von MPLA waren – entsprechend der innenpolitischen Polarisation – konsequent die Gruppe der „Neun“, Costa Gomes und die PCP, gegen die Anerkennung war die PS. Schließlich hat Costa Gomes das Präsidentenrecht gebraucht am 22. Februar 1976 als das 88. Land die Volksrepublik Angola anerkannt.

Nach der Ablehnung der indonesischen Annektierung von Portugal-Timor kam in die Verfassung, dass „Portugal im Zusammenhang mit dem internationalen Recht auch weiterhin für die Förderung und Sicherheit der Unabhängigkeit von Ost-Timor verantwortlich ist.“<sup>17</sup> Das Nr. 1/76 17. Februar Gesetz bestätigte die Hegemonie von Macau. Die Lage der Inseln am Rande der Trennung kam in Ordnung: im Sinne der Verordnung am 13. Januar 1976 und der Verfassung<sup>18</sup> bekamen sie regionale Autonomie.

Das Verhältnis des Ex-Vaterlandes und der Nachfolgestaaten kam zwar noch lange nicht zum Ruhepunkt wegen der Privatisierung der portugiesischen Besitze, der Schaffung des selbständigen Finanzlagen, die Staatsangehörigkeit der Weißen u. s. w., aber die Dekolonisation ging zu Ende, das portugiesische Kolonialreich hörte auf zu existieren. Nach dem 5. Artikel des Verfassungsgesetzes „Portugal besitzt ein historisch bestimmtes Gebiet auf dem europäischen Kontinent, sowie auf den Inseln Azori und Madeira“.<sup>19</sup> Das hat die radikale umwertung der 500 jährigen Wirtschafts-, Politik-,

---

<sup>16</sup> Ebd. pp. 19–20.

<sup>17</sup> Ebd. p. 106.

<sup>18</sup> Ebd. pp. 78–82.

<sup>19</sup> Ebd. p. 2.

Kultur- und Ideologiewerte des Landes mit sich gebracht, die es natürlich nicht glatt ging.

Die Dekolonisation ist das alleinige irreversible Ergebnis der portugiesischen Revolution. Nicht nur die aus den Kolonien nach Portugal entflohenen Weißen zeigen dies, der potentielle Präsidentkandidat der *retornados* konnte 1976 die zur Kandidatur nötigen Stimmen, Unterschriften nicht leisten. Auch das, daß 64 % der Portugiesen nach der Meinungsumfrage 1973 mit der Kolonialpolitik einverstanden sind, ergaben sich 86 % 1978 in den Verlust der Kolonien. Es ist wahr, die Art der Dekolonisation haben nur 12 % gebilligt. 78 %, was entscheidende Mehrheit ist, hätten es für besser gehalten, wenn sie mit den Rechten der Weißen verwirklicht.<sup>20</sup> Nach dem 13 jährigen Krieg war auf jeden Fall der Wunsch der Portugiesen nach dem Frieden riesig: bloß 3 % haben so gemeint, daß sie die Kriege hätten weiterführen müssen, 48 % dagegen betrachteten den Frieden als das Hauptziel der Regierungspolitik.<sup>21</sup>

Die Schließung der Dekolonisation beseitigte endgültig die Isolierung des Landes: in den ersten Jahren der Revolution rief Portugal mit 32, während 2 Jahren mit 60 Ländern diplomatische Beziehungen ins Leben, beziehungsweise normalisierte es sie.

#### Die Probleme der „Übergangszeit in der Wirtschaft“

Der erste Abschnitt der Revolution, bis März 1975 hat den Staatsmonopolkapitalismus mit einer von der Monopolmacht unabhängigen politischen Macht schaffend beseitigt, der zweite Abschnitt den Monopolkapitalismus. Als Ergebnis der strukturellen Reformen entstand eine *gemischte Wirtschaft* mit der wirklichen und perspektivischen Dominanz des Sozialensektors, was im 81. Verfassungartikel festgelegt wurde.<sup>22</sup>

Der Teil des Staatsektors wuchs vom 12 % auf 24 %, Brutto-fix Kapitalbildung vom 19 % auf 46 %, der Anteil der Beschäftigten vom 18 % auf 24 %, sogar mit der staatlichen Teilnahme und Intervention zusammen auf 28, 52 und 28 %.<sup>23</sup> Das bedeutete auch im internationalen Vergleich beträchtliche Veränderung – in Westeuropa als eigenartiger Zug – mit der Verstaatlichung der Banken, mit der 80 prozentigen Privatisierung der modernen Großindustrie kam der Staat zu entscheiden-

---

<sup>20</sup> Graham – Wheeler (1983) pp. 33–39.

<sup>21</sup> Ebd.

<sup>22</sup> Constituicao (1976) p. 34.

<sup>23</sup> Eugenio Rosa: Portugal: dois anos de Revolução na economia. Lisboa: Diabril, 1976. p. 68.

den Wirtschaftspositionen. Man muß hinzufügen, daß der Staat teilweise auch hier die Lasten der unrentablen Infrastruktur vom Privatsektor abgenommen hat.

Den Genossenschaftssektor bildeten etwa 2.000 verschiedene Genossenschaften mit verschiedenen Typen und Tätigkeitsbereichen: einerseits solche Industrie- und Dienstleistungsklein- und Mittelbetriebe, die am Rande der Pleite standen, ihr Besitzer hat sie vernachlässigt oder die Produktion sabotiert; entscheidend wurde aber der Genossenschaftssektor in der Landwirtschaft. Als Folge der Agrarreform wurde 2/3 Teil des Landesbodens (was noch privatisierbar ist) privatisiert: diese Reform betraf die Gebiete Portalegre, Évora, Setúbal (über 3/4 Teil) und fast im Zweidrittel Teil in Bezirk Lissabon, Santarem. Es entstand auf dem 1.140.000 Hektar privatisierten Boden etwa 550 kollektive Landwirtschaftsproduktionseinheiten (UCP), hauptsächlich in den Bezirken Évora, Beja, Portalegre, Setúbal und Santarem.<sup>24</sup>

Zahlreiche Probleme der entstandenen Mischwirtschaft sind teils aus dem vorherigen System geerbt, dazu haben die konjunkturelle Krise, Sabotage des einheimischen und ausländischen Kapitals, die nicht folgerichtig durchgeführte Verstaatlichung, sowie die wachsende Desorganisiertheit des Wirtschaftslebens beigetragen. Die strukturellen Reformen wurden unterbrochen, weil es in der politischen Konstellation Unsicherheit herrschte, so wurde es fraglich, in welcher Richtung sich die Übergangsmaßnahmen in Folge von Macht verändern; so waren die Grenzen der Sektoren der gemischten Wirtschaft und die „Spielregeln“ nicht festgestellt: es herrschte auch weiterhin der Dualismus zwischen Norden und Süden, zwischen den industriellen Bezirken und den zurückgebliebenen Gegenden, den relative überbevölkerten Gebieten und den anderen Gebieten des Landes; der Mangel der Zwangsmechanismen (Korporationssystem, Gewaltorganisationen), wegen der konjunkturellen Krise und der politischen Spannungen – nicht zuletzt des Zuwachses von Reprivatisationsansprüchen war die Position der Staatswirtschaft schwächer, als zur Zeit der Diktatur; der Staatssektor hat beträchtlichen Handicap gehabt, weil der Sektor hauptsächlich aus den kapitalarmen, an die Pleite gekommenen Unternehmen bestand.

Der Dualismus der Landwirtschaft dauerte an: im Norden die vielen lebensunfähigen Minifundien, im Süden der UCP-Sektor. Das Problem der Letzteren war, daß es an Mangel der staatlichen Unterstützung, an Kapital und Fachleuten litt; daß der Großgrundbesitzer die führende Kraft des Dorfes blieb, teils wegen des Zurückhaltungsrechtes, teils weil ein Drittel der zu privatisierenden Gebiete, etwa 500.000 Hektar in den Händen der Latifundisten blieb; es bedeutete dabei den Nachteil von UCP, daß 43 % der privatisierten Gebiete Brachfeld waren. So zusammen – nicht

---

<sup>24</sup> Ebd. pp. 79, 81, 83.



zuletzt mit der Bewegung der menschlichen Reserven – waren die UCP-s auch am Anfang der 80-er Jahre produktiver, als die Vorläufer, die Latifundisten.

Diese gemischte Wirtschaft quälte sich mit bedeutenden konjunkturellen Sorgen ab. Das Hauptproblem war nicht so sehr der Rückfall der Produktion: es waren Zeichen, daß das Land die Krise beherrschte. Problematischer waren lieber die Finanzen (das wachsende Defizit der Zahlungsbilanz, der Außenhandel, der Staatshaushalt, die Erschöpfung der Reserven), die große Abweichung der Produktion und des Verbrauchs, die Beseitigung der Investitionen, die unkontrollierbare Inflation, die Steigerung der ausländischen Abhängigkeit und Verschuldung und die massenhafte Arbeitslosigkeit. Der 52. Verfassungsartikel schrieb für den Staat die volle Beschäftigung vor,<sup>25</sup> trotzdem war Portugal mit der Arbeitslosigkeit an der Spitze in Europa.

Portugal wurde mit dem Verlust des unterentwickelten, abhängigen Kolonialreiches zu *schwachenentwickeltem*, eindeutig von den westeuropäischen Industrieländern *abhängigem, kleinem Land*, das mit der Liquidierung der Diktatur und Monopolgruppen ausgeliefert wurde, wobei die Richtung der Strukturreformen und der Beseitigung der konjunkturellen Krise auch weiterhin gegeneinander stieß und sich die Abhängigkeit in erster Linie im Finanzwesen niederschlug.

## Der *canismo*

### Die Spannung des Systems und das Regierungsprogramm

Als das progressivste Grundgesetz der Kapitalwelt legte die Verfassung die *antimonopolistische Demokratie* fest, die weder im April 1976, noch im Frühling-Sommer 1975, an der Spitze der Revolution nicht verwirklicht wurde.

Nach dem 80. Verfassungsartikel ist der Grund der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung der portugiesischen Republik, die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu entwickeln – mit der Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel. „Die Verstaatlichungen nach 25.04.1974 sind die unwiderruflichen Errungenschaften der Werktätigen“ – bewertete unabänderlich die bisherige Nationalisierung der 83. Artikel.<sup>26</sup> Das bedeutete die Gruppen der Großkapitalisten und Großgrundbesitzer, d. h. auch die Erschütterung der Wirtschaftsmacht der herrschenden Klasse.

---

<sup>25</sup> Constituição (1976) pp. 17–18.

<sup>26</sup> Ebd. p. 32.

Nach dem 80. Artikel sei die andere Komponente „der sozialistischen Machtausübung der Werktätigen“,<sup>27</sup> inbegriffen die wirtschaftliche und politische Demokratie, in der Letzteren den Pluralismus. Die Perspektive wurden nach dem 1. Artikel, der das Wesen des Staates definiert, so bezeichnet: „Portugal ist eine souveräne Republik auf der Menschenwürde und dem Volkswillen, die in eine Gesellschaft ohne Klassen vorangeht.“<sup>28</sup>

Im Zusammenhang mit diesem Zustand und dieser Tendenz sprach die PCP von dem „nichtkapitalistischen“ (staatlich, mit Staatskontrolle, Genossenschaft) Sektor aus: „Mit Berücksichtigung auf diese Prozesse der grossen Wirtschafts- und Gesellschaftsveränderungen... und auf die Ausdehnung der Arbeiterkontrolle, kann der ganze Sektor als Hauptsektor der sozialistischen Formation solange betrachtet werden, bis die Politik der Machtorgane dieser Struktur entspricht“.<sup>29</sup> Aber die Politik der Machtorgane entsprach seit September 1975 dieser Politik nicht mehr.

Das von Mário Soares am 4.08.1976 im Parlament vorgelegte Regierungsprogramm – das unmittelbare Fortsetzung der Politik der VI. provisorischen Regierung war – widerspiegelte diesen Gegensatz. „Der Plan, das Ziel der Portugiesen ist der Sozialismus zu erreichen im Sinne der gültigen Verfassung – deklarierte vor allem – ohne fremde Modelle zu kopieren und den freien Volkswillen in Ehre zu halten.“ Das bedeutete zu dieser Zeit schon das große Devalvieren des Begriffs von Sozialismus. „Die Vorstellung der Portugiesen ist – fügte er hinzu – nicht der Sozialismus der Elend, der durch Unterdrückung entstand, sondern in erster Linie der Kampf gegen die Unterentwicklung, die Beseitigung der Elend, die wirkliche Gesellschaftsgerechtigkeit.“<sup>30</sup>

Nach dem Standpunkt seiner Partei sei die Wirtschaftsstabilisation die Bedingung der Fortsetzung des „sozialistischen Weges“ – die er mit der Hilfe der kapitalistischen Länder zu erreichen hoffte: kurzfristig mit großen Krediten, auf Mittelstrecke mit der EGK-Integration. Diese Letztere war das Leitmotiv der Partei.

Letzten Endes hat das Regierungsprogramm die Integration von Portugal in den Westen und die Verwirklichung des „sozialismus“ in Westeuropa zum Ziel gesetzt. „Die Revolution vom 25. April – deklarierte Soares im September 1977 – war der klare Verzicht des portugiesischen Volkes vom Schicksal außerhalb Europas... Portugal identifiziert sich mit den Zielsetzungen der europäischen Gesellschaft... Portugal ist jetzt

---

<sup>27</sup> Ebd. p. 31.

<sup>28</sup> Ebd. p. 1.

<sup>29</sup> Cunhal (1976) p. 277.

<sup>30</sup> Nuno Vasco (coord.): Vencer a crise, preparar o futuro. Um ano de governo constitucional. Lisboa: S. E. C. S., 1977. p. 17.

darüber im klaren, daß Europa die geschichtliche Rolle in der Welt nur dann aufrecht erhalten kann, wenn es einig wird... Das Recht und die Pflicht unseres Landes, an den Anstrebenden der europäischen Einheit teilzunehmen, und behauptet, dies ist nur in seiner Institution realisierbar: in der Europäischen Gemeinschaft."<sup>31</sup> Das hat die Wahllosung der PS im Jahre 1976 ausgedrückt: *Europa conosco* (Europa ist mit uns).

Das Problem des Regierungsprogrammes war, daß die Konsolidation den Niederschlag der noch revolutionären Kräfte – in erster Linie der PCP – und das Preferieren der Kapitalverhältnisse vorausgesetzt hat. Das Wirtschaftsziel stimmte mit dem politischen überein: d. h. mit dem Bruch der kommunistischen Partei, die es *vorbehalten* hatte, daß die Voraussetzung zur Ausweichung des Faschismus, zur Konsolidierung der Demokratie, durch antimonopolistische und antiimperialistische Schritte zum realen Sozialismus sei.<sup>32</sup>

Die Politik „des Wiedergewinnes der kapitalistischen Verhältnisse“, *politica de recuperação capitalista*, stimmte mit den Bestrebungen der herrschenden Klasse Portugals überein, die sich auf die portugiesischen Positionen des Auslandsgroßkapitals stützte und ihre Macht zurückzubekommen versuchte. António Champalimaud, der den portugiesischen Großkapitalisten symbolisierte, zeichnete schon im April 1976 noch in der Emigration das Wirtschaftsprogramm der Finanzoligarchie auf. Demnach<sup>33</sup> muss das Recht zur Aufrechterhaltung des Profits garantiert werden; um die Arbeitgeber die Löhne frei zu ermäßigen; das Recht zum Arbeiterausschluß zu versichern; das Recht der Minderheiten zur fachlichen Organisation zu versichern.

Die mit ausländischer Hilfe durchgeführte Stabilisation enthielt das Wachstum der einseitigen Abhängigkeit des Landes und das seiner Auslieferung, und für die Hilfe die „Westeuropäischen Verhältnisse“ wiederherzustellen. Der Bewegungskreis des Landes hat sich bis zum 1976 sowieso eingeengt, Westeuropa hat dem in der Zwangslage existierenden Land diktiert. Letzten Endes blieb für Portugal nur eine einzige – klassische – Waffe: die billige Arbeitskraft.

---

<sup>31</sup> Grohs, G. – Maia Cadete, E. – Noelke, M.: Portugals Beitritt zur Europäischen Gesellschaft. Bonn: Europa Union, 1982. p. 109.

<sup>32</sup> Cunhal, Á.: A demokráciáért és a szocializmusért. Budapest: Kossuth, 1976 (b). p. 261; Cunhal, Á.: Stranici borbi. Moszkva: Misl, 1977. p. 352.

<sup>33</sup> Cunhal (1976) p. 229.

## Die „Normalisation“ nach der Revolution

In der Wiederherstellungsperiode zwischen 1976–78 richteten sich die praktischen Schritte der Regierung auf die Sanierung der konjunkturellen und strukturellen Krise, sowie auf westeuropäischen Integration.

Im Interesse der Lösung der konjunkturellen in erster Linie, *Finanzprobleme* fing die Kreditaufnahme mit der Lösung des „finanziellen Boykottes“ an. In ihrem Mittelpunkt stand ein IMF-Kredit im Wert von 750 Mio Dollar (mit der Beteiligung von amerikanischen, japanischen, westeuropäischen Banken). Nach den „günstiges Klima“ bietenden Bedingungen des Kredites soll die Regierung im Interesse der zur Investition nötigen Ruhe die Gewerkschaften zum „sozialen Paktum“ zwingen; die während der Revolution nationalisierten Besitzer und Aktionäre entschädigen; den portugiesischen Markt vor dem ausländischen Waren stufenweise eröffnen; die ausländische Kapitalinvestition liberalisieren. Die fast Souveränität gefährdenden Bedingungen nahm die Regierung im Juni 1977 an.

In den Devisenquellen bedeutete ein wesentliches Gewicht das Erreichen des Niveaus 1973 bei den Überweisungen der Gastarbeiter. Der unterdrückte Außenhandel wuchs erst seit 1978 wieder (und erreichte den höchsten Anteil); aber da sich der Import hauptsächlich entwickelte, wies die Handelsbilanz ein Defizit auf, für jede Wirtschaftsregion verschlechterte sich die Exportdeckung des Imports.<sup>34</sup>

Im Interesse des Wachstums des Kapitalimportes erschien eine neue Verordnung im April 1976, die die ausländischen Investitionen regelte. Die verwirklichte aber die Hoffnungen nicht, weil sie bedeutende Gebiete (Kommunaldienst, Rüstungsindustrie, Banken, Versicherung, Reklame, Massenmedien, in erster Linie der bis zur Veröffentlichung der Verordnung nationalisierte Sektor, d. h. die grundlegenden Nationalwirtschaftszweige) aus der ausländischen Investition ausschloß; weil der repatrierbare Profit niedrig war, obwohl die Regierung die Sicherheit der ausländischen Vermögen garantierte, auf den Fall der Nationalisierung hat sie eine gerechte Entschädigung in Aussicht gestellt – es war keine Garantie gegen die neuen Nationalisierungen.<sup>35</sup> So wuchs wohl der Kapitalimport, seine Rolle wurden unter den Devisenquellen größer als der Tourismus, obwohl er 1977–80 nur das Niveau von 1968–71 erreicht hat.

Bis 1978 wurde der Verbrauch auf das Niveau vor der Revolution und die Tendenzen der Lohnerhöhung für die Versicherung der billigen Arbeitskraft, was für

---

<sup>34</sup> Robinson, R. A. H.: *Contemporary Portugal*. London: Allen and Unwin, 1979. p. 152; Kádár B.: *A dél-európai országok fejlődésének sajátosságai*. „Gazdaság” 1976. Nr. 2. p. 86.

<sup>35</sup> Cunhal (1976) pp. 261–262.

das Auslandskapital wichtige Ausziehungskraft bedeutete und im Interesse der besseren Finanzlage zurückgedrängt. Die neue allgemeine Regelung der Lohnfrage werde mit Lohnstopp und Preiserhöhungen (Dezember 1975, Juli 1976) eingeführt, später mit 1. Januar 1977 wurde ein neuer Minimallohn statt 4.000, 4.500 escudos, bei Landwirtschaftsarbeitern statt 3.000, 3.500 escudos Minimallohn eingeführt. Das hat aber nicht einmal Übergangsverbesserung bedeutet, bis 1974-75 der Reallohn um 13,6 % mehr wuchs, sank er 1976-78 um 21,9 %; der Anteil der Löhne fiel bis 1978 auf das Niveau 1974 im Sozialprodukt zurück;<sup>36</sup> zwischen 1975-80 sank der portugiesische Lohn vom 1/3 auf den 1/5 des westeuropäischen Durchschnittes.

Im Interesse der Steigerung der Investitions- und Produktionslust vom einheimischen Privatsektor versicherte das Gesetz Februar 1977 den Arbeitgebern in der Entlassung größere Rechte als früher. Damit wurde die Maßnahme von Goncalves-Regierung außer Kraft gesetzt, die die Entlassungen mit strengen Bedingungen verbindet. Folglich nahm die Arbeitslosigkeit zu, sie stabilisierte sich auf 13 % der aktiven Bevölkerung etwa 450.000 Leute.

Der Sanierungsversuch gegen die Werktätigen in der Krise setzte die Zurückdraengung der Interessenvertretungsorgane voraus. Gegen die Intersindical versuchte die Regierung mit den Arbeiterräten umzugehen. Das Problem war, nach dem 55. Verfassungsartikel hatten die letzteren das Recht „bei dem Unternehmen die Führung zu kontrollieren“.<sup>37</sup> Als erster Schritt begrenzte schon die Verordnung vom Juli 1976 der VI. provisorischen Regierung ihren Wirkungsbereich: mit der Ausnahme, daß sie mit der Kontrolle die Tätigkeit des Unternehmens nicht stören dürfen, wurden sie im Grunde genommen der Richtungsrolle entzogen und wurden der Unternehmensführung unterstellt. Danach versuchte die Konstitutionsregierung mit der Abweichung der Intersindical, mit den Arbeiterräten Verhandlungen geführt, einen sozialen Pakt zustande zu bringen. Es hat ihr nicht gelungen, so wurde die Gesetzesverordnung Nr. 49-A/77 vom 12. Februar 1977, die die Prinzipien des kollektiven Vertrages feste, zu einem Kompromiß in den Diskussionen zwischen der Regierung und dem CGTP-IN.<sup>38</sup> Als bedeutendes Ergebnis der Werktätigen ist das neue Streikgesetz

---

<sup>36</sup> Braga de Macedo - Serfaty, S.: Portugal since the Revolution: economic and political perspectives. Boulder (Col.): Westview Press, 1981. pp. 72-75, 109, 134, 198.

<sup>37</sup> Constituição (1976) p. 19.

<sup>38</sup> Vilanova, J.: 1977/78 - Sindicalismo em Portugal. Lisboa: Assirio e Alvim, 1977. p. 202.

Nr. 65/77 vom 26. Juli 1977 statt des früheren vom August 1974; es hat den politischen- und Solidaritätsstreik nicht mehr verboten (es verbot aber lock out).<sup>39</sup>

Die PS versuchte seit April 1976 den Pluralismus der Gewerkschaftsbewegung zu realisieren. Nach den ersten Mißfolgen zeigte sich ihre gemeinsame Initiative 1978 mit der PSD, der Allgemeine Arbeiterverband (UGT) als dauerhaft: er vereinigte sich Sommer 1979 600.000 Werkstätige, unter ihnen 250.000 individuell.<sup>40</sup> Überzeugenden Erfolg hatte es aber auch nicht, die Gegenbewegung erschöpfte sich sogar bald. An dem III. Kongreß von CGTP-IN im März 1980 nahmen 81 % der 70 prozentigen organisierten Werkstätigen innerhalb der 220 Gewerkschaften, d. h. 1,7 Millionen Leute teil, solange konnte sich die UGT mit anderen Gewerkschaftsgegenbewegungen zusammen bloss 400.000 Werkstätige in 150 Gewerkschaften vereinigen. 95 % der Industriearbeiter reihten sich in der Intersindical. Um mit der Unterbrechung der Strukturveränderung bestandene *strukturelle Krise* zu sanieren, versuchte die Regierung „mit der gesetzgebenden Gegenrevolution“ die Reformen im Rahmen kapitalistische Normen einzuschraenken.

Die Frage der Entschädigung wurde erledigt. Nach dem 82. Verfassungsartikel kann „das Gesetz vorschreiben, daß die Entschädigung im Fall der Latifundisten, Großbesitzer, Fabrikbesitzer und Aktionäre bei der Enteignung ihres Vermögens nicht möglich ist“,<sup>41</sup> aber das Prinzip der Entschädigung der nationalisierten Besitzer wurde schon im März 1976, das der Großbesitzer im September festgelegt. Schließlich bestimmte das Gesetz vom Juli 1977 die in 4 Milliarden Dollar auf Teilzahlung Summe der Entschädigung, die große Last bedeutete.<sup>42</sup>

Die Regierung hat Schritte gemacht, den Staatssektor zu reduzieren. Bis Ende Februar 1977 wünschte sie der Staatsintervention Schluß zu machen – aber es gelang nur am Ende des Jahrzehntes. Bis dahin wurde die Staatskontrolle beseitigt. Es war von großer Bedeutung den Staatssektor im Mai 1977 für den Privatsektor bestimmen: der Staatssektor herrschte in der Bank- und Versicherung, im Massenverkehr und Transport, in der elektrischen Energieversorgung, Gas- und Ölverarbeitung, in der Petrochemie, in der Eisenerz- und Stahlproduktion, in der Rüstungsindustrie und in der Herstellung von Chemokalien, wieder bestätigt, daß die Verstaatlichungen von 1975 die unwiderruf-

---

<sup>39</sup> Jasztrzembszkij, Sz. V. (szoszt.): Portugalia: konstitutshiya i zakonodatelnye akty (1974 – 1978). Moszkva: Progress, 1979. p. 67 – 72.

<sup>40</sup> Kohler, B.: Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie. Bonn: Europa Verlag, 1981. p. 110.

<sup>41</sup> Constituicao (1976) p. 32.

<sup>42</sup> Mescserjakov, M. T. (ed.): Istoriya mezhdunarodnogo rabotshego dvizheniya. Cs. IV. Moszkva: Mysl, 1978. p. 240.

baren Errungenschaften der Arbeiterklasse seien.<sup>43</sup> Das hat im Prinzip dem 2/3 der 245 Staatsunternehmen möglich gemacht, sie in Privathände zu geben und Privatbanken zu gründen (formell stand es mit der Verfassung nicht im Gegensatz, die verbot die Staatsbanken in Privathände zu geben).<sup>44</sup> Aber das Realisieren ging schwer: der Staatssektor – inbegriffen auch das Banksystem – blieb bis Ende des vorübergehenden, konstitutionellen Zeitalters im wesentlichen unberührt.

Obwohl die Verfassung die Selbstverwaltungsversuche präferierte, fing an den UCP-Sektor zurückzudrängen. Noch die VI. provisorische Regierung beseitigte das in der Verfassung formulierte Prinzip, der Boden gehört einem, der ihn bearbeitet.<sup>45</sup> Der wichtigste Schritt war am 22. Juli 1977 das neue Agrarreformgesetz, das der Sozialist António Barreto Landwirtschaftsminister annahm,<sup>46</sup> das, die Grenze der Nationalisierung von 500 auf 700, beziehungsweise im Fall von intensiver Bearbeitung von 50 auf 70 Hektar erhöht hat. Bei der Ausübung des Zurückhaltsrechts macht es möglich, daß der ehemalige Besitzer den Boden am beliebigen Ort und Stück aus den Genossenschaften auswähle; die UCP-s wurden dem Landwirtschaftsministerium unterstellt, das in die Arbeit der gewählten Führungskräfte mitredete; mit der Modifizierung des Mietvertrages, der die Kleinmieter benachteiligte, beseitigte, es die Mietsvereinbarungen schriftlich zu formulieren, das offizielle Minimaleinkommen des Mieters festzulegen, und das Verbot der mehrfachen Miete. Es ist das eindeutige Wirtschaftsziel der neuen Reform, kapitalistische Landwirtschafts- und Mittelbetriebe zu schaffen, politisches Ziel eine der wichtigen Banen der PCP zu beseitigen. Mit der neuen Reform waren nicht nur die UCP-s, sondern auch die PCP-s, sogar der andere Partner auch die CAP unzufrieden, sie hielten es für „extremsozialistisch“.<sup>47</sup>

In der Beseitigung des UCP-Sektors konnte man faktisch zwischen 1976–78 kein endgültiges Ergebnis erreichen, obwohl bis zum Ende der Übergangsperiode, beziehungsweise bis 1983 (hauptsächlich während der echten Regierungen seine Größe auf 2/3 der Betriebe, auf die Hälfte des Bodens und auf 2/5 der Werktätigen

---

<sup>43</sup> Grohs, G. – Maia Cadete – Noeke (1982) p. 69.

<sup>44</sup> Gecse A.: Az 1974. évi portugáliai fordulat gazdasági és társadalmi okai és hatása az ország fejlődésére. Diss. Budapest: MKKE, 1977. p. 170.

<sup>45</sup> Constituicao (1976) p. 37.

<sup>46</sup> Um projecto de lei criminoso. „Avante!” 1977. júl. 7. pp. 6–7.

<sup>47</sup> Grohs – Maia Cadete – Noeke (1982) p. 70.

zurückging.<sup>48</sup> Die Krise der Landwirtschaft vertiefte sich inzwischen, ihre Produktion fiel katastrophal auf dem Niveau der 30-er Jahre zurück.

In den Schritten des *Integrierens* in West-Europa (Mitgliedschaft im Europa-Rat, Anschluß an der NATO Euro-Gruppe, die Erneuerung der Stützpunkte, die Modernisierung des Iberienspaktes, die neue Regelung der Lage der französischen Gastarbeiter u. s. w.) hatte der Anschluß an EGK eine zentrale Lage. Als erster Schritt schloßen Portugal und die EGK im September 1976 eine vorübergehende Vereinbarung, die das Abkommen von 1972 erweiterte.<sup>49</sup> Als Bedingung des Anschlusses müssen nach dem Beschluß der EGK-Außenminister von Februar 1977 in Brüssel, solche Maßnahmen getroffen werden, die die Wirtschaft von Portugal an die anderen Länder richten. „Der Bereich des Gemeinsektors und die Verstaatlichungen in Portugal – fügte der EK-Rat hinzu – sind mit den Verträgen nicht unvereinbar, insofern die Gemeinschaftsregelungen auf den verschiedenen Gebieten eingehalten sind. Die Zentralisation der portugiesischen Staatsverwaltung kann negative Wirkung auf den Wettbewerb zwischen den Staatsbetrieben ausüben.“<sup>50</sup> Die Regierung akzeptierte am 28. März 1977 die Bedingungen und reichte ihren offiziellen Antrag ein, so fangen seit dem Herbst 1978 die wirklichen Verhandlungen an, 1983 war das Datum des Anschlusses bestimmt.

Während der 2 Jahre der PS-Regierung – parallel mit der Aufmunterung der Kapitalwirtschaft nach der Krise – vollzog die „Normalisierung“. Obwohl die strukturellen Probleme nicht gelöst wurden, fing das Wirtschaftswachstum wieder an, das GDP per Kopf erreichte das Niveau von 1973 mit der 3 % prozentigen Erhöhung der Bevölkerung.<sup>51</sup> Die Tendenz des vor der Revolution vollzogenen Anschlusses änderte sich, es begann die Peripherisierung des Landes. Es gelang die Finanzbilanz wiederherzustellen, aber mit ausländischem Finanzieren, das die Abhängigkeit vertiefte.

Die nicht zu unterschätzenden Ergebnisse, die in erster Linie die Sanierung der konjunkturellen Krise betreffen, die die innenpolitischen Spannungen wieder verschärfen, sind viel in den Augen der Linken, aber wenig für die Rechten, hohe Inflation und die Arbeitslosigkeit erhöhten die Massenunzufriedenheit.

---

<sup>48</sup> Almost there Portugal: a Survey. „The Economist“ 1980. jún. 14. Melléklet, p. 24; O cooperativismo em Portugal. „O Militante“ 1981. Nr. 8. p. 27.

<sup>49</sup> Grohs – Maia Cadete – Noelke (1982) p. 134.

<sup>50</sup> Ebd. p. 123.

<sup>51</sup> Mitchell, B. R.: European historical Statistics. London: Macmillan, 1980. p. 833.



## Der Eanismo

Sichtbar entstand eine Arbeitseinleitung unter den Siegern von 1975: die Sozialisten haben „die schmutzige Arbeit“ gemacht, Eanes und die CR hielten den Schuttschirm über sie. Selbst Ramalho Eanes formulierte so, „die Offiziere von Portugal ließen in dem letzteren anderthalb Jahrhundert in zahllosen Fällen, sie politisch auszunützen; dem muß Schluß gemacht werden, die Streitkräfte sollen die Pfeiler der Demokratie werden, die Garantie der auf freien Wahlen basierenden Institutionen. Darin kommt die Doktrine der militärisch „geschützten Demokratie“ zum Ausdruck, was Portugal in der Übergangsperiode bis 1980 nach der Verfassung vertritt: einen solchen Staat, in dem der Revolutionäre Rat durch das Vetorecht über dem Parlament und der Regierung Kontrolle ausübt.“<sup>52</sup>

Diese militärisch „geschützte Demokratie“ hatte mit dem Republikspräsidenten und dem Parlament (bzw. der Regierung) eine Alternative in sich im Fall ihrer Zusammenarbeit ein Parlamentsystem, wo der Präsident bloss „Sicherheitsventil“ der Demokratie sei, im Fall ihrer Konfrontation – und letzten Endes – bedeutet es ein Präsidentsystem. „In Portugal – wies die PCP auf den Zug der Machtteilung hin – gibt es ein Parlament, aber es gibt kein parlamentarisches System.“<sup>53</sup> Gegen die „reine Demokratie“ eintretende PS sind die Kommunisten unter den herrschenden Umständen der Meinung, in Betracht ziehend, daß die Streitkräfte den Geist vom 25. April bewahren, daß das jetzige System für die Verteidigung und Aufrechterhaltung der Demokratie mehr Möglichkeit gibt, als das Parlamentssystem in einem solchen Land, wie unser, wo noch Landesteile sind, wo die demokratischen Freiheitsrechte noch immer nicht verwirklicht wurden, die Rechte der Staatsbürger nicht garantiert sind.,“<sup>54</sup>

Dieser Rahmen hat das politische Credo von Ramalho Eanes bestimmt, das schon das – von Melo Antunes ausgearbeitete Programm 1976 enthielt: demokratischen Konsensus, der über den Parteien, das gesamte Nationalinteresse vertritt und im Sinne der Konstitution die Ordnung garantiert.<sup>55</sup> Die wichtigen Werte dieser Konzeption sind das Nationalinteresse und die Unabhängigkeit, die konstitutionelle Ordnung und die Demokratie. In diesem Namen lehnte Eanes mit den Slogen „der 25. April und der 25. November“ die „diktatorischen Extremitäten“ ab, er deklarierte, „wenn jemand im

---

<sup>52</sup> Ramalho Eanes, A. de: *Desfazer muitos equívocos*. Lisboa: S. R. C. S., 1978. p. 4.

<sup>53</sup> Cunhal (1976) p. 195.

<sup>54</sup> Ebd. p. 196.

<sup>55</sup> Ebd. pp. 203–207; Ramalho Eanes, A. de: *Novo governo encontrará situação económica favorável*. „O Diário“ 1980. jan. 4. pp. 12–13.

Lande wieder Diktatur einzuführen versucht, sollte er von links oder rechts kommen dann würde die Armee in Aktion treten."<sup>56</sup> Das stimmte mit der allgemeinen Stimmung überein: nach der Umfrage 1978 hielt bloß 11 % fürs Hauptziel der Regierung den Sozialismus.<sup>57</sup>

In der Verteidigung der institutionellen Demokratie war die Balancierung in der polarisierte Gesellschaft unter den Verdienern, Kleinbesitzern und Mittelbourgoise dabei, aber perspektivisch existierte auch die Versicherung des friedlichen *recuperação*. Den festen Grund dieses mehrfachen Kompromißes versuchten die PS-PSD in der Form eines zentrischen Verbandes, aber die grundlegende Bipolarisiertheit der portugiesischen Gesellschaft zeigte, daß sich die Beziehung eben in erster Linie mit diesen zwei Parteien, bzw. ihren Führern verschlechterte.

Anfangs ließ Eanes den politischen Prozeß seinen Gang gehen bzw. den der PS-Regierung. Diese Welle der Verschiebung nach rechts fiel mit der internationalen Tendenz zusammen, diese Sache und die grundlegenden Schritte der Soares-Regierung im Sommer 1977 verschärfte die Spannungen, folglich kam der Prozeß bis zu einem Punkt, über den Regierung nicht weiter konnte: im Dezember 1977 stürzte das Parlament – die PCP, bzw. die PSD und CDS gemeinsam – die Regierung. Soares schloß da „auf britische Weise“ seinen eigenen „geschichtlichen Kompromiß“ ab: mit der konservativen CDS. Die kurzfristige Koalition fiel aber im Sommer 1978 auseinander.

Der parlamentarische Spielraum wurde damit erschöpft, der zweifellos auch die Kritik der Verfassung 1976 bedeutete und prinzipiell auch selbst die Demokratie gefährdete. Ramalho Eanes beurteilte die entstandene politische Krise als charakteristischer Beitrag zur Konsolidierung des demokratischen Systems,<sup>58</sup> und er aktivisierte sich als Brücke unter den polarisierten Kräften, als Verteidiger der aktuellen und perspektivischen Gesamtkapital-Interessen: am 27. Juli 1978 löste er Mário Soares ab, und über dem Parlament griff er in der Form technokratischen Präsidentregierungen (Nobre da Costa, Mota Pinto) die direkte Führung in seine Hände. Es scheinen die Umriße des Präzidentzialismus mit mehreren Parteien zu sehen.

Im politischen System der Zweiten Republik waren aber wichtige Garantien gegen die institutionelle Diktatur eingebaut. Die öffentliche Meinung beurteilte den Staatspräsidenten und die Parteien zusammen Recht als demokratische Garantien, nicht

---

<sup>56</sup> Ramalho Eanes (1980) p. 13.

<sup>57</sup> Graham, L. S. - Wheeler, D. S. (eds.) In Search of Modern Portugal. Madison (Wisconsin), The University of Wisconsin Press, 1983. pp. 33-39.

<sup>58</sup> Ramalho Eanes (1978) p. 5.

unwichtig, aber auch nicht bedeutend war der Anspruch an die Personaldiktatur.<sup>59</sup> Es wurde bald klar, daß man Portugal nicht nur mit dem gegebenen Parlament, auch nicht dagegen oder ohne es regieren konnte: die Republikversammlung stürzte die Regierungen mit Präsidenten. „Gefällt es oder nicht, unsere Regime ist halbpräsidial. Weder wirksame Präsidentregime noch wirksame Parlamentsregime“ – kommentierte Eanes die Situation,<sup>60</sup> und im Juli 1979 schrieb er mit der Auflösung des Parlaments in der Zwischenzeit Wahlen aus. Der Staatspräsident blieb als „Sicherheitskappe“ und letzte Garantie der Demokratie erhalten.

Der demokratische Konsens um den *eanismo* hatte eine breite Basis trotz der Veränderungen in den 2 letzten Jahrzehnten in der zurückgebliebenen, ländlichen Agrargesellschaftlich Basis war trotzdem breit, daß 52 / der Bevölkerung in der Gesamtheit die Lage für schlechter hielten (für besser nur 27 %), als sie kurz der Revolution war: 87 % qualifizierten die Wirtschaftslage für schlechter, 65 % die Moral, als sie vor der Revolution war; nach der öffentlichen Meinung existierten die grundlegenden Probleme 1978 ebenso wie 1973, sogar tiefer werden (Verpflegungskosten, die Wohnungslage u. s. w.): nicht zuletzt bewerteten sie die Regierung von Marcelo Cätano vor der Revolution in der Proportion 50 % mit einer nach der Revolution charakteristischen Enttäuschung für die beste unter den Regierungen in den 2 Jahrzehnten.<sup>61</sup>

Der letzte Grund der politischen Stabilität der gesellschaftliche-politische Block, auf den sich die neue Macht stützen konnte, das ist die nicht monopolistisch Bourgeoisie durch den Republikpräsidenten vertretend, das revolutionäre und reformistische Kleinbürgertum durch die CR vertretend, sowie die Arbeiterklasse durch die Regierung vertretend und die moderne Mittelschicht.<sup>62</sup> Die – vorübergehende – Bilanz der Revolution gezogen dienten die verhältnismäßig festen Ergebnisse den Interessen dieser Gesellschaftsschichten.

Die Lage der *Arbeiterklasse* verbesserte sich: die bürgerliche Demokratie versicherte für sie breitere Wirkung (obwohl die liberale Demokratie in erster Linie für die Bourgeoisie gewinn war). Das Streikrecht, Gewerkschaftsrecht wurden die eigenen festen Ergebnisse der kollektiven Produktionseinheiten (obwohl diese in erster Linie auf der traditionellen Oligarchie und nicht auf der Monopolbourgeoisie geernteten Siege waren. Zugleich beseitigten sie die Arbeiterkontrolle, die Arbeiterräte blieben ohne

---

<sup>59</sup> Graham – Wheeler (1983) pp. 33–39.

<sup>60</sup> Ramalho Eanes (1978) p. 37.

<sup>61</sup> Graham – Wheeler (1983) pp. 33–39.

<sup>62</sup> Szuhanov, V. I.: „Revolutsia gvozdič“ v Portugalii. Moskva: Misl, 1983. p. 247–248.

Macht; mit der Abschaffung des Mechanismus der Preiskontrolle, stieg die Inflation (in die Höhe) und die Arbeitslosigkeit in die Höhe. So zusammen trotz des Tendenzwechsels ließ die Revolution dauerhafte Spur – sowohl materiellen, als auch geistigem Sinne – auf der Arbeiterklasse zurück, die die Verwirklichung der Hegemonie der neueren Kapitalgruppen verzögerte.

Die *Technokratie* gewann mit der Verbreitung des Wirkungsbereiches des Staates: die staatlich kontrollierte Unternehmen waren auf Kapitalgrund, aber ohne Privatbesitzer tätig, damit leisteten sie grössere Möglichkeit für die technokratische Führungskraft. Sie haben gleichfalls mit der Verwirklichung „der liberalen, politischen Struktur mit sozialdemokratischen Gepräge“ gewonnen, wo sie mehr Möglichkeit für die Veränderung und Verbesserung ihrer Position hatten. Das professioniste Umorganisieren der Armee gab den fachlich gebildeten Offizieren mehr Chancen.

Die Verstaatlichung, die die Privilegien des Monopolkapitals abschaffte, verbesserte auch die Wettbewerbsposition der *Kleinkapitalisten*. Mit der Beseitigung der Latifundien gewannen die Klein- und Mittelinhaber (obwohl einen Teil der Begünstigungen der vorher Erwähnten die neue Führung bald zurückgezogen hat).

Die *Mittelkapitalisten* gewannen auch, die durch die Nationalisierung unberührt gelassen wurden, die Staatseinmischung, die sie berührte, werde beseitigt. Die Abgrenzung vom Jahre 1977 im Staats- und Privatsektor erhöhte die Bedeutung des Mittelkapitals und „da die Verstaatlichungen nicht mit National-, Planmechanismus ergänzt wurden, sollen die Besitzer des Kapitals führende Rolle spielen.“<sup>63</sup>

Zuletzt die *nicht monopolistische Bourgeoisie* wurde der Hauptgewinner der Revolution. Diese dominierende Gesellschaftsgruppe konnte wegen dem Modernisationszwang der westeuropäischen Integration kaum auch weiterhin traditionell bleiben. Aber wegen dem kleinen Ausmaß Portugals, des relativen Unentwicklungsstandes und der ungünstigen Zahlungsbilanz war die Integration mit dem Wachstum der Unterordnung unvermeidlich verbunden. Dies wurde erhöht, daß die Verstaatlichung der Banken für die Umorganisation der Nationalwirtschaft nicht benutzt wurde, stattdessen wurden sie ähnlich wie die nationalisierten Unternehmen als Kapitalinstitutionen betätigt. In der Wirklichkeit zerstreute sich das Kapital: die einst in Monopolgruppen vereinigten Unternehmen wurden unabhängig voneinander geleitet.

Aber das Maß der Integration und der Unterordnung und damit im Zusammenhang, welche Gruppen der nicht monopolistischen Bourgeoisie am meisten gewinnen, stand noch zu dieser Zeit im Kampf um die Macht auf der Tagesordnung.

---

<sup>63</sup> Hammond, J. L.: Portugal: two steps forward, one step back. „Journal of Political Military Sociology“ 1982. Vol. 10. Nr. 1. p. 97.

## A DEMOKRATIKUS RENDSZER STABILIZÁLÓDÁSA PORTUGÁLIÁBAN (1975–1978)

Az 1974-es forradalom eredményeként létrejött polgári demokrácia hatalmi blokkját a Mário Soares vezette Portugál Szocialista Pártnak, a Fegyveres Erők Mozgalma (MFA) Melo Antunes őrnagy vezette „Kilencek” frakciójának és a hadsereg Ramalho Eanes alezredez vezette ún. „professzionista centrumának” szövetsége alkotta a *gonçalvismo*val, a Vasco Gonçalves ezredez fémjelezte 1975-ös szocialista orientációval szemben.

1977 elejétől működésbe léptek az intézményesített demokrácia szervei: 1976. április 2-án szentesítették az új alkotmányt, megtartották a parlamenti (ápr. 25.), az elnök- (jún. 27.) és a helyi választást (dec. 13.).

Az új Portugália politikai rendszere a három győztes politikai erő testére lett szabva. A tisztekből álló *Forradalmi Tanács*ban dominált a „Kilencek” csoportja, elnöke pedig Ramalho Eanes lett, akit egyszersmind az ország köztársasági elnökének is megválasztottak. A *kormányban* – élén Mário Soares-sel – a szocialista párt tíz tagja, valamint nyolc független: három katona és öt civil kapott helyet.

A forradalom eredményeként egy a lehetőségekhez képest stabil és progresszív, „katonailag védett” demokratikus rendszer épült ki. A hatalom megosztásával és kölcsönös függőségével sikerült egyetlen hatalmi központ abszolút cselekvési szabadságát meggátolni. A politikai harcok fő színtere a *parlament* lett, benne a polarizált társadalmi struktúrának megfelelően baloldali – jobboldali polarizáltsággal (Szocialista és Kommunista Párt kontra Szociáldemokrata Párt és Szociális Demokrata Centrumpárt), egyetlen erős centrumpárt hiányával.

A tőkés világ legprogresszívbab alaptörvényeként számontartott portugál alkotmány azt az *antimonopolista demokráciát* rögzítette, amely nemhogy 1976 áprilisában nem létezett, de 1975 tavaszán-nyarán, a forradalom csúcán sem valósult meg. A hatalmi szervek politikája pedig 1975 szeptembere óta egyáltalán nem felelt meg ennek a perspektívának.

A Mário Soares által a parlamentben 1976. augusztus 4-én előterjesztett kormányprogram Portugália nyugati integrációját és a nyugat-európai „szocializmus” megvalósítását tűzte célul. Az 1976–78 közötti helyreállítási periódusban a kormány gyakorlati lépései a konjunkturális és a strukturális válság szanálására, valamint a nyugat-európai integrálódásra irányultak. A Nyugat-Európába történő *integrálódás* lépései (tagság az Európa Tanácsban, csatlakozás a NATO Euro-csoportjához, a támaszpontszerződések megújítása, az Ibériai Paktum korszerűsítése, a franciaországi vendégmunkások helyzetének újabb rendezése stb.) között központi helyet foglalt el a közöspiaci csatlakozás. Első lépésként 1976 szeptemberében Portugália és az EGK az 1972-es egyezményt kiegészítő átmeneti megállapodást kötött. Azután a kormány – a kemény feltételeket elfogadva – 1977. március 28-án benyújtotta Portugália hivatalos felvételi kérelmét, s 1978 őszétől megkezdődtek az érdemi tárgyalások.

Összességében a szocialista párti kormányzás két éve alatt – a tőkés világgazdaság válság utáni megeléknkülésével párhuzamosan – végbement a „normalizálás”. Az elsősorban a konjunkturális válság szanálását érintő nem lebecsülhető eredmények azonban olyan lépéseket követeltek, amelyek ismét kieleztek a belpolitikai feszültséget. A parlamentáris játéktér hamarosan kimerült, és Eanes elnök 1979 júliusában a parlamentet feloszlata időközi választást írt ki.

Az elnöki politika, a *eanismo* körül megszilárduló *demokratikus konszenzusnak* széles bázisa volt az utolsó két évtized változásai ellenére még mindig elmaradott, vidékies-falusias, agrárjellegét őrző portugál társadalomban. A politikai stabilitás alapja az a társadalmi-politikai blokk volt, amelyre az új hatalom támaszkodhatott: az elsősorban a köztársasági elnök képviselte nem monopolista burzsoáziára,

**Lajos Pándi**

a Forradalmi Tanács képviselte forradalmi és reformista kispolgárságra, valamint a kormány képviselte munkásságra és modern középrétegekre. A forradalom – átmeneti – mérlegét megvonva a viszonylag megszilárdult vívmányok e társadalmi csoportok érdekeit szolgálták.